

Industrie(w)ende: Nein Danke!
Mit der Industrie in eine saubere und bezahlbare Zukunft

VIK-Jahrespressekonferenz 2012: Industriestandort Deutschland muss stark bleiben

Berlin/Essen, 24. Oktober 2012 – „Nur Deutschland erfüllt mit einem Industrieanteil von über 25 % an der Wertschöpfung die neue 20 %-Zielvorgabe der EU. Wir können uns also auf Industrierhalt konzentrieren, und brauchen keine mühsame Reindustrialisierung wie die Länder rundherum“, so Dr. Volker Schwich, Vorsitzender des VIK, der Interessenvertretung industrieller und gewerblicher Energiekunden anlässlich seiner diesjährigen Jahrespressekonferenz, Bild 1. Für diesen Industrierhalt muss nun aber der Exportstandort zugunsten von Arbeitsplätzen und damit Wohlstand aller gestärkt werden.

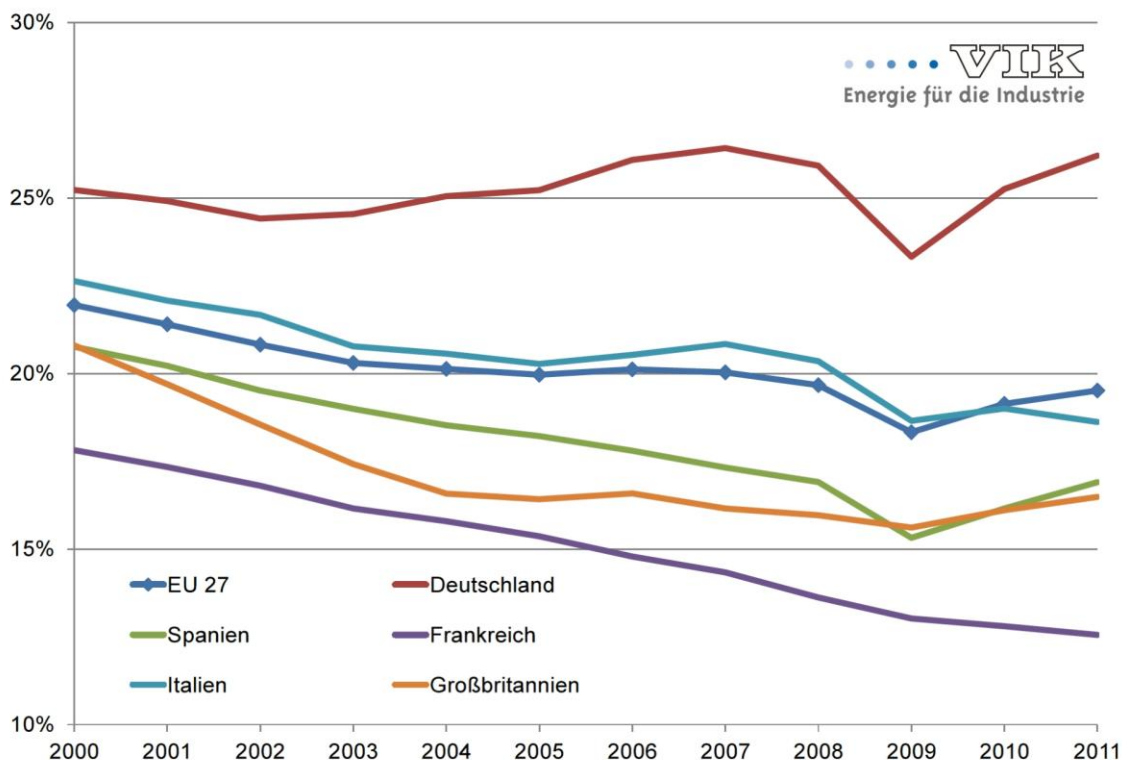


Bild 1: Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung (Quelle Eurostat)

Die Strompreisdebatte spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Stromkosten sind entscheidende Kenngröße. Was für viele Industriebereiche die Lohnstückkosten sind, ist in den stromintensiven Wirtschaftsbereichen eben die Stromrechnung – Maßstab für

Der VIK ist seit 65 Jahren die Interessenvertretung von energieintensiven Unternehmen aller Branchen, wie etwa Aluminium, Chemie, Glas, Papier, Stahl oder Zement. Er berät seine Mitglieder in allen Energie- und energierelevanten Umweltfragen. Im VIK haben sich 80 Prozent des industriellen Energieeinsatzes und rund 90 Prozent der versorgerunabhängigen Stromerzeugung in Deutschland zusammen geschlossen.

Die **VIK-Pressemitteilungen** finden Sie auch unter www.vik.de

Seite 1 von 2

Rückfragen erbeten an

Roland Schmied, VIK-Pressesprecher
Tel. +49 (0) 2 01 / 8 10 84 - 15 oder 0171 / 38 35 297
Fax. +49 (0) 2 01 / 8 10 84 - 30
eMail: r.schmied@vik.de

Absender

VIK Verband der Industriellen
Energie- und Kraftwirtschaft e.V.
Richard-Wagner-Straße 41 · 45128 Essen
Postanschrift: PF 10 39 53 · 45039 Essen

Pressemitteilung

VIK Verband der Industriellen
Energie- und Kraftwirtschaft e.V.



Wohl und Wehe der Standortbedingungen. Deshalb muss es gelingen, die Regelungen zu erhalten, die den energieintensiven Unternehmen in der Energiewende das Festhalten am Standort Deutschland ermöglichen. Die Energiewende ist mehr als nur ein Umstieg auf erneuerbare Energien, sie ist die Suche nach dem Weg in eine Energiezukunft auf Grundlage erneuerbarer Energien, der den Wohlstand im Lande nicht gefährdet und ausgewogen zwischen der Entwicklung erneuerbarer Energien, dem Ausbau von Netzen und Speichern sowie hoher Versorgungssicherheit bei gleichzeitig bezahlbaren Energiepreisen austariert.

Verteilung der Belastung durch die Förderung erneuerbarer Energien

Ab dem kommenden Jahr zahlen durchschnittliche Haushalte etwa 5 Euro pro Monat mehr für die erneuerbaren Energien. Die Netze werden ebenfalls mehr Geld kosten. Sie müssen zukünftig auch deutlich veränderte Aufgaben erfüllen. In breiter Masse zahlt die Industrie – genau wie die Haushalte – ebenfalls die EEG-Umlage in Höhe von 5,3 Ct/kWh für die erneuerbaren Energien. Außerdem zahlen die Unternehmen im Rahmen der vielgescholtenen Teil-Entlastung zusätzlich mindestens 53.000 Euro in den EEG-Topf; eine große Summe auch schon für verhältnismäßig kleine Unternehmen. Es hat keinen Nutzen, wenn Strompreiszusatzbelastungen bei diesen Unternehmen angehäuft werden. So wird die Energiewende schnell zum Industrieende.